

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Aktuelle Stunde: a) **Die Naturkatastrophe in Japan** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 16/3453 - b) **Risikotechnologie Atomkraft ist nicht beherrschbar** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3451 - c) **Harrisburg - Tschernobyl - Fukushima: Daraus lernen, heißt: unverzüglicher, unumkehrbarer Ausstieg!** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3450

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte findet für uns alle unter Umständen statt, unter denen sich ein banales Fortführen der üblichen Rituale eines simplen Schlagabtauschs zwischen Landesregierung und Opposition verbietet.

Diese Debatte ist für mich eine der schwierigsten, seit ich in diesem Landtag bin, weil die Diskussion gleichzeitig sehr alt und auch sehr neu ist, weil wir einen Informationsüberfluss, aber auch Informationsmängel haben. Hier sind fundamentale ethische Fragen berührt. Ich denke, wir alle stehen auch emotional unter dem Eindruck der Bilder und Berichte aus Japan.

Meine Damen und Herren, ich möchte daher einleitend feststellen: Ich empfinde Trauer und Schmerz, wenn ich an die vielen Tausend Opfer des Erdbebens und des Tsunamis denke.

Mein Mitgefühl und das meiner ganzen Fraktion gilt den Angehörigen und Überlebenden. Ich empfinde Trauer und Schmerz, wenn ich an diejenigen denke, die bereits Strahlung ausgesetzt waren oder die in diesem Moment, in dem wir hier sprechen, Angst davor haben, Strahlung ausgesetzt zu werden. Millionen geht es derzeit so.

Ich empfinde aber auch Wut, Wut auf eine Betreibergesellschaft, die seit Jahren durch Pannen, Vertuschen und Versagen bekannt geworden ist, die jetzt nur häppchenweise Informationen herausgibt und die die Öffentlichkeit in Japan und in der Welt im Unklaren über das wahre Ausmaß der Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima lässt.

Ich empfinde auch Wut auf diejenigen, die jetzt so tun, als hätte vor dem 12. März niemand solche Szenarien beschrieben. Ich sage hier deutlich: Für mich war der Begriff des Restrisikos immer eine Verharmlosung eines möglichen Nuklearunfalls mit dann apokalyptischen Konsequenzen. Nach Fukushima verbietet sich der Gebrauch dieses Wortes endgültig.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch etwas möchte ich feststellen: Diejenigen, die vor den Risiken der Atomenergie gewarnt haben, haben nicht auf einen Ernstfall als politische Gelegenheit gewartet, sondern wir haben gehofft, dass wir nach Tschernobyl niemals wieder einen GAU erleben müssten.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es, vorsichtig ausgedrückt, unlauter, den Gegnern der Atomenergie nun eine Instrumentalisierung der Katastrophe oder mangelnden Respekt den Opfern gegenüber vorzuwerfen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Tagen haben Tausende von Bürgerinnen und Bürgern in ganz Niedersachsen bei Mahnwachen und spontanen Kundgebungen ihre Sorgen und ihr Mitgefühl ausgedrückt und uns damit noch einmal deutlich auf unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker hingewiesen, Schaden von unserem Land und seinen Menschen abzuwenden. Wir alle - egal, ob Opposition oder Regierung - müssen uns dieser Verantwortung stellen.

Jede Entscheidung, die nun ansteht, muss sich daran messen lassen, ob sie glaubwürdig dazu beiträgt, dass sich ein atomarer Unfall wie in Japan

in Niedersachsen, in Deutschland insgesamt und auch an anderen Orten nicht wiederholt.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde, zu folgender Entscheidung gibt es keine verantwortungsvolle Alternative: Die Atomkraftwerke müssen alle vom Netz, und zwar unverzüglich und unumkehrbar; denn diese Technologie mit ihren nicht vollständig vorausdenkbaren Risiken und Risikokombinationen ist nicht beherrschbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Da es ja so oft heißt, abschalten ginge nicht: Das wurde schon vor dem 12. März gesagt, als es nur um die alten Meiler ging. Jetzt ist es erstaunlicherweise möglich, sieben Meiler vom Netz zu nehmen, ohne dass das Licht ausgeht. Das liegt an der in der Debatte oft unterschlagenen Tatsache, dass wir in Deutschland auch zu Spitzenlastzeiten eine Überproduktion von Strom haben und deshalb sogar Strom exportieren. Diese Energieproduktionsreserven müssen wir nun nutzen, um den kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie in der Bundesrepublik zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die AKWs Unterweser, Grohnde und Emsland müssen umgehend abgeschaltet werden. Diesen Ausstieg dürfen wir in Deutschland auch nicht unter Verweis darauf unterlassen, dass andere EU-Länder sich noch sperren, und uns hinter deren Ablehnung verstecken. Im Gegenteil: Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, und auf diese anderen Länder muss Deutschland einwirken, um auch sie zum Ausstieg zu bewegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

In der Endlagerfrage muss die Landesregierung endlich diejenigen ernst nehmen, die sagen, dass Gorleben kein langfristig sicheres Endlager ist und dass jede Art der Lagerung von radioaktiven Abfällen revidierbar sein muss, also Rückholbarkeit gewährleistet sein muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere notwendige Entscheidung betrifft den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, in dessen Rahmen immer noch Hunderte von Millionen Euro jährlich für den Ausbau der Atomenergie ausgegeben werden. Damit muss Schluss sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe gesagt, die Debatte von heute ist eine sehr alte. Sie wird geführt, seit die technisch-industrielle Moderne sichtbar und erfahrbar begonnen hat, die Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft zu bedrohen. Ich möchte daher heute einen der wichtigsten Debattenbeiträge in Deutschland zitieren, der immer noch aktuell ist. Bereits vor der Katastrophe in Tschernobyl hat der Münchener Soziologe Ulrich Beck den Begriff der Risikogesellschaft geformt und bereits 1986 festgestellt:

„In der fortgeschrittenen Moderne geht die gesellschaftliche Produktion von Reichtum systematisch einher mit der Produktion von Risiken. Entsprechend werden die Verteilungsprobleme und -konflikte überlagert durch die Probleme und Konflikte, die aus der Produktion, Definition und Verteilung wissenschaftlich-technisch produzierter Risiken entstehen.“

Meine Damen und Herren, dass Beck recht hatte, zeigt sich uns jetzt auf tragische Weise. Es war ein Fehler, Herr Ministerpräsident, die Atompolitik nur nach den Maßstäben der Reichtumsproduktion und nicht von ihren Risiken aus zu betrachten. Sie haben im vergangenen Herbst die Laufzeitverlängerung unterstützt - eine Fehlentscheidung, für die Sie dauerhaft politische Verantwortung haben.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Laufzeitverlängerung als strategische Weichenstellung für den Industriestandort Deutschland bezeichnet. Ich hätte gedacht, dass das auch in Ihren Ohren heute unverantwortlich und peinlich klingt. Aber ich habe mich wohl getäuscht. Ich hätte mir von Ihnen mehr Nachdenklichkeit und mehr Selbstkritik gewünscht.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es war ein Irrweg, den Ihr Umweltminister Sander im September im Deutschlandradio beschrieb, als er sagte, man müsse die Laufzeitverlängerung nicht nur umweltpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich betrachten - in seinem zu kurz gegriffenen Sinne des Wortes „volkswirtschaftlich“. Ich bin auch nach Ihren heutigen Ausführungen keineswegs davon überzeugt, dass Sie glaubwürdig von dieser Ausrichtung auf Gewinnmaximierung für die Energieriesen abgehen. Noch traue ich weder Ihnen noch der Bundeskanzlerin beim angeblichen Moratorium über den Weg. Herr Ministerpräsident, verbindliches Auftreten kann nicht schaden. Aber was wir brauchen, sind Rechtsverbindlichkeit und konkrete Entscheidungen. Sie können jetzt zeigen, dass mein Misstrauen und das vieler Menschen, die es teilen, ungerechtfertigt ist, indem Sie konsequent und entschlossen handeln und den

Ausstieg aus einer nicht beherrschbaren Energieform voranbringen, in die man nie hätte einsteigen dürfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)